

**Interpellation Baumgartner-Flawil (33 Mitunterzeichnende):  
«Modelle zur Entlastung von Eltern mit einem Kind mit einer Behinderung»**

Eltern eines Kindes mit einer Behinderung werden in ihrer erzieherischen Arbeit sehr stark gefordert. Die Pflege und Betreuung eines Kindes mit einer Behinderung ist zeitintensiv und vor allem körperlich und psychisch sehr anstrengend. Die oft erschwerenden Lebensumstände und Bedingungen wirken sich nicht nur in der Eltern-Kind-Beziehung, sondern in der ganzen Familie sowie im Verwandten- und Bekanntenkreis aus. Eltern müssen bei Bekanntwerden der Behinderung ihres Kindes ihr Familienleben und ihre Zukunft neu entwerfen – ein Prozess, der nicht in kurzer Zeit abgeschlossen ist, sondern sich über die ganze Kindheit und Jugend ihres Kindes erstreckt. Sehr viele Eltern meistern diese Lebensaufgabe mit Bravour, sehr grossem Engagement, Selbstverständlichkeit und Einfühlungsvermögen. Sie entwickeln meist, aufgrund ihrer intensiven Beschäftigung mit ihrem Kind mit einer Behinderung, eine ungewöhnlich enge Bindung zu ihm. Sie wollen darum in den allermeisten Fällen, trotz dieser grossen Anforderungen, das Kind so weit wie möglich selbst betreuen – eine Arbeit, die dadurch nicht von der Allgemeinheit getragen werden muss.

Diese vielfältigen Dauerbelastungen bringen die Erziehungsberechtigten aber auch an ihre physischen und psychischen Grenzen, wirken sich auf die Entwicklung von Geschwisterkindern aus und stellen manche elterliche Beziehung vor eine Zerreihsprobe. Die Situation einer Familie wird oft dann zur Krise, wenn sich Änderungen und Veränderungen zum Wohl sowohl der Eltern wie auch der Kinder und Jugendlichen aufdrängen. Schülerinnen und Schüler mit einer Behinderung bedürfen im Hinblick auf eine verbesserte Zukunftsperspektive zusätzliche Unterstützung im sozialpädagogischen Bereich. Entlastungsangebote für die dauernd eingespannten und überlasteten Eltern und Möglichkeiten zur allmählichen, aber langsamen, Ablösung der Kinder vom Elternhaus wären dringend nötig, können aber in einigen bestehenden Einrichtungen nicht angeboten werden. Trotz interdisziplinärer Bemühungen von Fachpersonen der Heilpädagogischen Schulen, der Schulpsychologischen Dienste (SPD), wie auch der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienste (KJPD), lässt sich dann die Dekompensation der betreuenden Eltern oder des Familiensystems meist nicht mehr verhindern; nicht selten gehen in diesen Situationen Ehen in die Brüche oder ein Elternteil wird krank. Eine Dauerplatzierung des Kindes ist dann unumgänglich – eine einschneidende Massnahme, die nicht nur sehr teuer, sondern für viele Eltern auch mit grossem persönlichem Schmerz verbunden ist.

Nun stellt sich die Frage, ob in Krisensituationen nicht auch andere Modelle zur Bewältigung von temporären persönlichen Krisen von Schülerinnen und Schülern mit einer Behinderung zu prüfen wären. Flexible, temporäre Entlastungsangebote haben sich vielerorts sehr gut bewährt anstelle des «Entweder-oders» zwischen ambulanten Massnahmen oder Heimplatzierungen.

Meines Wissens fehlen auch fundierte Daten zu den finanziellen Auswirkungen von flexiblen Modellen. Eine Krise ist eine zeitlich definierte Zeitspanne und bedarf der Abklärung und Begleitung von Fachstellen wie SPD oder KJPD. Flexible Modelle zur Krisenbewältigung und -verhinderung stehen nicht in Konkurrenz zu den bestehenden Internaten. Flexible Modelle entlasten in temporären Krisen nicht nur die Eltern und Familien, sondern reduzieren auch die Folgekosten. Die Erholung von überforderten Eltern wird zeitlich verkürzt. In einer Studie (zum Beispiel Masterarbeit der Uni St.Gallen) sollten unter anderem folgende Entlastungsmodelle geprüft werden:

- a) Entlastung in akuten Krisen durch eine unbürokratische, zeitlich limitierte Platzierung von beispielsweise maximal vier bis acht Wochen;
- b) Entlastung der Eltern in Krisensituationen durch ein bis zwei Übernachtungen pro Woche über einen definierten, begrenzten Zeitraum;
- c) Entlastung der Eltern über eine noch zu definierende Anzahl von Wochenenden während des Schuljahres um Krisenentwicklungen zu verhindern.

Geprüft werden sollte die Wirtschaftlichkeit von Krisenplätzen zur Entlastung, verglichen mit den voraussichtlich verhinderten Internatsplatzierungen sowie die Akzeptanz bei betroffenen Perso-

nen und Fachstellen. Die Führung von flexiblen Angeboten können bestehenden Heilpädagogischen Schulen übertragen werden.

Ich bitte die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist die Regierung bereit, in einer wissenschaftlichen Studie Folgendes zu prüfen: Flexible Modelle in temporären Krisenzeiten wie unter a) bis c) beschrieben, im Vergleich zu den Internatslösungen in Bezug auf die Wirtschaftlichkeit, Durchführbarkeit und Akzeptanz bei den Erziehungsberechtigten und bei Fachstellen?
2. Und wenn nein, warum nicht?
3. Sind im Kanton St.Gallen Fälle bekannt, wo eine flexible Lösung einer definitiven Internatsplatzierung aus fachlicher Hinsicht (SPD, KJPD) für Kind und Familie die bessere Lösung gewesen wäre?
4. Welche Sonderschulen im Kanton St.Gallen haben den Auftrag, in Krisenzeiten temporäre Wohnplätze anzubieten und welche nicht? Und warum wurde nicht allen Sonderschulen dieses Angebot bewilligt?
5. Ist die Regierung bereit, eine dezentrale und flächendeckende Lösung anzustreben in Bezug auf temporäre Wohnplätze in Krisenzeiten? Wenn die Regierung diese Frage verneint, mit welcher Begründung?»

2. Juni 2014

Baumgartner-Flawil

Altenburger-Buchs, Ammann-Gaiserwald, Ammann-Waldkirch, Blöchlinger Moritzi-Gaiserwald, Blumer-Gossau, Bucher-St.Margrethen, Bürki-Gossau, Egger-Berneck, Gemperle-Rorschach, Gschwend-Altstätten, Gut-Buchs, Haag-St.Gallen, Hartmann-Rorschach, Hartmann-Flawil, Hasler-St.Gallen, Hilb-Zuzwil, Hoare-St.Gallen, Huber-Rorschach, Ilg-St.Gallen, Keller-Kaltbrunn, Kündig-Rapperswil-Jona, Ledergerber-Kirchberg, Lehmann-Rorschacherberg, Maurer-Altstätten, Noger-St.Gallen, Rickert-Rapperswil-Jona, Sulzer-Wil, Surber-St.Gallen, Walser-Sargans, Wasserfallen-Goldach, Wenk-St.Gallen, Wick-Wil, Wicki-Andwil